

## "FLÜCHTLINGSKRISE VERSTEHEN - TEIL 3", ZITATE UND QUELLENANGABEN AUS DER ÜBERSICHT

[1] und [2] "Zwei demografische Probleme wirken wie zersetzende Säuren auf die kontinentaleuropäischen Wohlfahrtsstaaten: Die alternde Bevölkerung und der Zustrom von Einwanderern (...) In unserem jüngsten Buch *Fighting Poverty in the US and Europe: A World of Difference*, gehen Edward Glaeser und ich der Frage nach, warum der Wohlfahrtsstaat in Europa um so viel großzügiger ausgeprägt ist als in den USA. Ein wichtiger Erklärungsansatz ist die viel größere ethnische Heterogenität der Bevölkerung in den USA im Vergleich zu der eher homogenen Zusammensetzung in Kontinentaleuropa. (...) Wenn europäische Bürger der Mittelschicht anfangen zu glauben, dass es sich bei einem beträchtlichen Teil der Armen um neue Einwanderer handelt, wird sich der tief verwurzelte Glaube an die Segnungen des Wohlfahrtsstaates aufzulösen beginnen. Sogar die linken Intellektuellen Europas bringen Verbrechen und Verelendung in den Städten mit Einwanderung in Verbindung. (...) Der europäische Wohlfahrtsstaat wird großzügiger bleiben als der knausrige amerikanische, aber er wird leichter kontrollierbar werden und nicht so sehr in das Leben der Bürger eingreifen. Die Tatsache, dass diese Veränderung aufgrund ethnischer "Animositäten" erfolgt, ist traurig und bedrückend. Die gute Nachricht ist, dass der europäische Wohlfahrtsstaat ohnehin eine Schlankheitskur benötigt!"

Alberto Alesina, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Harvard

"Der Rassismus des Wohlfahrtsstaates", Project Syndicate, 22.04.2004  
<http://www.project-syndicate.org/commentary/the-racism-of-the-welfare-state/german>

auch hier: DER STANDARD, Printausgabe, 6.5.2004  
und hier: <http://derstandard.at/1655880/Der-Rassismus-des-Wohlfahrtsstaates>

—

[3] "Diese Mitteilung betrifft die Ansiedlung von Flüchtlingen aus Ländern außerhalb der Europäischen Union (EU) in einem der Mitgliedstaaten. (...) Zurzeit beteiligen sich mehrere Mitgliedstaaten jährlich oder ad hoc an der Neuansiedlung. Die Neuansiedlungsmaßnahmen werden vom Europäischen Flüchtlingsfonds (EFF) in erheblichem Umfang finanziell unterstützt. Trotzdem ist die Zahl der in der EU neu angesiedelten Flüchtlinge eher gering, und in den meisten Mitgliedstaaten gibt es keine Neuansiedlungsprogramme. (...) Ein gemeinsames Neuansiedlungsprogramm der EU sollte eingeführt werden, um die Neuansiedlung in die externe Dimension der Asylpolitik der EU zu integrieren und sie verstärkt strategisch zu nutzen. (...) ... die Neuansiedlungsaktivitäten der EU sollten ausgeweitet werden (...)"

"Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat vom 2. September 2009 zur Einrichtung eines gemeinsamen Neuansiedlungsprogramms der EU [KOM(2009) 447 endg. - Nicht im Amtsblatt veröffentlicht]"

Europäisches Parlament, 11.12.2009  
<http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=LEGISSUM:j10029&from=DE>

---

[4] "Die Beschwerdeführer waren Mitglieder einer Gruppe von rund 200 Personen aus Somalia und Eritrea, deren Boot am 6. Mai 2009 südlich der Insel Lampedusa in internationalen Gewässern von Schiffen des italienischen Zolls und der Küstenwache gestoppt wurde. Die Passagiere wurden, so stellten die Straßburger Richter fest, von italienischen Schiffen zurück in die libysche Hauptstadt Tripolis gebracht, ohne dass ihre Identität festgestellt worden wäre oder sie über ihren Zielort informiert worden wären, und dort libyschen Behörden überantwortet. (...) Die 24 Personen, deren Beschwerden nun in Straßburg Erfolg hatten, waren vom Italienischen Flüchtlingsrat in Libyen aufgespürt und mit italienischen Anwälten in Kontakt gebracht worden. Die Große Kammer stellte zunächst fest, die Rückführung habe die Bestimmung in der Europäischen Menschenrechtskonvention verletzt, dass niemand der Folter, unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Behandlung unterworfen werden dürfe. Der anschwellende Migrantstrom entbinde Staaten nicht von der Pflicht, zu verhindern, dass Personen im Zielland misshandelt würden (...) Zudem stellte der Gerichtshof eine Verletzung des Verbots der „Kollektivausweisung ausländischer Personen“ fest, da keinerlei Überprüfung der Situation einzelner Migranten stattgefunden habe. Auch das Recht auf wirksame Beschwerde sei verletzt worden. Die Richter verurteilten Italien dazu, jedem der Beschwerdeführer 15.000 Euro Schadensersatz zu zahlen und gut 1500 Euro Prozesskosten zu ersetzen.

"Menschenrechtsgerichtshof : Straßburg verurteilt Italien", FAZ, 23.02.2012  
<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/menschenrechtsgerichtshof-strassburg-verurteilt-italien-11660085.html>

---

[5] "Die Bertelsmann Stiftung mahnte eine stärkere "Willkommenskultur" für Deutschland an. Deutschland werde von Hochqualifizierten aus Nicht-EU-Ländern gemieden, sagte der Integrationsexperte der Bertelsmann Stiftung, Ulrich Kober, zu den Ergebnissen. "Ohne Offenheit sind wir nicht attraktiv für qualifizierte Zuwanderer, die wir allein aufgrund der demografischen Entwicklung dringend brauchen", unterstrich er. Für die Studie befragte das Meinungsforschungsinstitut TNS Emnid im Auftrag der Stiftung im Oktober rund 1.000 Menschen ab 14 Jahren in einer Telefonbefragung."

"Bertlsmann-Studie mahnt Willkommenskultur an", Die Welt, 17.12.2012  
<http://www.welt.de/aktuell/article112066572/Bertelsmann-Studie-mahnt-Willkommenskultur-an.html>

---

[6] "Today, European Commission First Vice-President Frans Timmermans hosted a high-level meeting with eleven representatives from philosophical and non-confessional organisations from across Europe. This sixth annual high-level meeting discussed the topic "Living together and disagreeing well". (...) Frans Timmermans said: "In our diverse European societies, dialogue is essential to creating a community in which everybody can feel at home. (...) List of Meeting Participants

- Yvan BIEFNOT, President of the European Association for Free Thought
- Martine CERF, Secretary General of Egalité Laïcité Europe
- Pierre GALAND, President of the European Humanist Federation
- Nieves Bayo GALLEGO, Grand Master Gran Logia Simbólica Española
- Catherine JEANNIN-NALTET, Grand Mistress of the Women's Grand Lodge of France
- Daniel KELLER, Grand Master of the Grand Orient of France

- Dimitrios LYBERIS, President of the Council of the International Masonic Order « Delphi »
- Keith PORTEOUS WOOD, Executive Director of the - National Secular Society
- Ms Yvette RAMON, Grand Master of International Order of Co-freemasonry, "Le Droit Humain"
- Tomasz SZMAGIER, Grand Master of the Grand Orient of Poland
- Steven WARMOES, ex-Grand Master Grand Lodge of Belgium"

"Commission brings together non-confessional organisations to discuss "Living together and disagreeing well"", Europäische Kommission, 02.06.2015  
[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-15-5078\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-15-5078_de.htm)

—

[7] "Les Obédiences maçonniques européennes alarmées par la tragédie vécue par les migrants qui fuient des pays en guerre et en proie à la misère en appellent aux gouvernements européens pour qu'ils mettent en œuvre les politiques communes indispensables à un accueil digne et humain de populations en détresse et en péril. L'incapacité des Etats à surmonter les égoïsmes nationaux est un nouveau signal d'une Europe malade où le chacun pour soi l'emporte sur l'intérêt général. Les Obédiences maçonniques européennes rappellent que le respect des droits de l'homme et du principe de dignité humaine font partie des principes fondateurs de la construction européenne. (...) La tragédie présente doit donc être le creuset d'une renaissance et d'un renouveau du rêve européen. Les Obédiences maçonniques signataires attendent désormais des actes (...) "

"Die europäischen Freimaurer-Obendienzen sind alarmiert über die Tragödie von Migranten, die aus Ländern in Krieg und Elend fliehen, und fordern die europäischen Regierungen auf, die gemeinsame Politik umzusetzen, die für eine würdige und humane Aufnahme von Menschen in Not und Gefahr unerlässlich ist. Die Unfähigkeit der Staaten, den nationalen Egoismus zu überwinden, ist ein neues Signal für ein krankes Europa, in dem der Einzelne für sich selbst Vorrang vor dem allgemeinen Interesse hat. Die Europäischen Freimaurer-Obendienzen erinnern daran, dass die Achtung der Menschenrechte und des Grundsatzes der Menschenwürde zu den Grundprinzipien des europäischen Aufbauwerks gehören. (...) Die gegenwärtige Tragödie muss daher der Schmelztiegel einer Renaissance und Erneuerung des europäischen Traums sein. Die Unterzeichner der Freimaurer-Obendienzen erwarten nun Taten (...) "

07.09.2015

<http://www.glff.org/actualites/declaration-des-obediencies-europeennes---7-septembre-2015.html>

hier archiviert und noch zu sehen:

<http://web.archive.org/web/20160106074728/http://www.glff.org/actualites/declaration-des-obediencies-europeennes---7-septembre-2015.html>

siehe auch:

<http://www.freimaurerinnen.de/index.php/16-news/64-erklaerung-zur-fluechtlingstragoedie>

—

[8] siehe: "Mapping: Reliable allies in the European Parliament (2014-2019) "

<http://legacy.gscdn.nl/archives/images/soroskooptbrussel.pdf>  
 oder archiviert hier:

[http://web.archive.org/web/20170101000000\\*/http://legacy.gscdn.nl/archive/s/images/soroskooptrussel.pdf](http://web.archive.org/web/20170101000000*/http://legacy.gscdn.nl/archive/s/images/soroskooptrussel.pdf)

---

[9] "Europe will be diverse, like all other parts of the world will be diverse. The only question is, how do we deal with that diversity? And my answer to that is, by ensuring that our values determine how we deal with diversity and not giving up our values to refuse diversity. That will bring us down as a society. If we don't get this right, I truly believe Europe will not remain the Europe we built. Europe will not remain a place of peace and freedom, for very long."

Frans Timmermans , Vizepräsident der Europäischen Kommission, 01.10.2015  
[http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-15-5754\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-15-5754_en.htm)

---

[10] "Einen nicht unbekanntem, aber selten thematisierten Aspekt der Flüchtlingsthematik brachte EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos am Donnerstag wieder auf die Tagesordnung: "Europa vergreift", erinnerte Avramopoulos vor dem EU-Ausschuss der Regionen (AdR) an die demografische Tendenz des Kontinents. "In den nächsten zwei Jahrzehnten werden mehr als 70 Millionen Migranten nötig sein."

"EU-Kommissar: Brauchen über 70 Mio. Migranten in 20 Jahren", Kleine Zeitung, 03.12.15  
[http://www.kleinezeitung.at/politik/aussenpolitik/4880668/EUMigrationskommissar\\_Europa-braucht-mehr-als-70-Millionen-Zuwanderer](http://www.kleinezeitung.at/politik/aussenpolitik/4880668/EUMigrationskommissar_Europa-braucht-mehr-als-70-Millionen-Zuwanderer)

---

[11] "Erstens muss die EU in absehbarer Zukunft mindestens eine Million Asylsuchende jährlich aufnehmen. (...) Von entscheidender Bedeutung ist eine angemessene Finanzierung. Die EU muss während der ersten zwei Jahre jährlich 15.000 Euro pro Asylbewerber für Wohnen, Gesundheit und Ausbildung bereitstellen - und den Mitgliedsstaaten die Aufnahme von Flüchtlingen schmackhafter machen. Diese Mittel können durch die Ausgabe langfristiger Anleihen aufgebracht werden, die sich den größtenteils ungenutzten AAA-Kreditstatus der EU zunutze machen. Dies hätte den zusätzlichen Vorteil eines moralisch gerechtfertigten Haushaltsstimulus für die europäische Wirtschaft. Ebenso wichtig ist es, die Vorlieben sowohl der Staaten als auch der Asylbewerber zu berücksichtigen und dabei so wenig Zwang wie möglich auszuüben."

George Soros, in "Die Welt", 02.10.15  
<http://www.welt.de/debatte/kommentare/article147061754/George-Soros-Plan-fuer-Europas-Fluechtlingskrise.html>

---

[12] "Die Europäische Kommission schlägt heute einen EU-Neuansiedlungsrahmen vor. Damit soll eine gemeinsame europäische Neuansiedlungspolitik festgelegt werden, die gewährleistet, dass Personen, die internationalen Schutz benötigen, geordnete und sichere Wege nach Europa zur Verfügung stehen. (...) Zur Unterstützung der Neuansiedlungsbemühungen der Mitgliedstaaten im Rahmen der gezielten EU-Programme stellt die Kommission für jede neu angesiedelte Person 10 000 EUR aus dem EU-Haushalt zur Verfügung. (...) "

"Verbesserung der legalen Migrationskanäle: Kommission schlägt EU-

Neuansiedlungsrahmen vor", Europäische Kommission, 13.07.2016  
[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-16-2434\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-16-2434_de.htm)

---

[13] "Viertens: Die Krise muss dazu genutzt werden, gemeinsame europäische Mechanismen für den Schutz von Grenzen, die Prüfung von Asylanträgen und die Umsiedelung von Flüchtlingen zu schaffen. Bescheidene Fortschritte sind auf dem Weg: Im vergangenen Monat wurden vom Europäischen Parlament Rechtsvorschriften für den Aufbau der „European Border and Coast Guard“ (EBCG) beschlossen. Doch die Dublin-III-Verordnung – Grundlage für die Festlegung, welcher Staat die Verantwortung für Abwicklung und Aufnahme von Asylsuchenden trägt – verhindert durch die Belastung des Ersteintrittsstaats Solidarität unter EU-Mitgliedsstaaten; über sie muss neu verhandelt werden. Eine europäische Lösung entsteht derzeit vor Ort in Griechenland, wo das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) de facto die Asylanträge untersucht, um die überforderten griechischen Behörden zu unterstützen. Ein einheitliches europäisches Asylverfahren würde die Anreize für Asylshopping beseitigen und das Vertrauen unter den Mitgliedsstaaten wieder stärken."

"Plan von George Soros: Sieben Punkte – so lösen wir die Flüchtlingskrise", Wirtschaftswoche, 21.07.2016  
<http://www.wiwo.de/politik/europa/plan-von-george-soros-sieben-punkte-so-loesen-wir-die-fluechtlingskrise/13900490.html>

---

[14] "Ein kühner aber pragmatischer Vorschlag | Durch die Dublin-Verordnung wird bestimmt, welcher EU-Mitgliedstaat für die Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz zuständig sein sollte. Die Flüchtlingskrise von 2015 hat eindeutig gezeigt, dass die Dublin-Verordnung einer grundlegenden Reform bedarf (...) Da die Mängel der derzeitigen Dublin-Verordnung grundlegender und struktureller Art sind, kann nur eine grundlegende und strukturelle Reform diese Probleme sachgerecht lösen. Das Europäische Parlament schlägt ein System vor, das in der Praxis vor Ort funktionieren wird. Um dies zu erreichen, müssen wir sicherstellen, dass sowohl den Mitgliedstaaten als auch den Antragstellern Anreize geboten werden, die Vorschriften innerhalb des Dublin-Systems einzuhalten. Die Mitgliedstaaten, die alle die Genfer Konvention unterzeichnet haben, werden einen gerechten Anteil der Verantwortung für die Aufnahme von Asylbewerbern in Europa übernehmen müssen. (...) Das vom Europäischen Parlament vorgeschlagene System wird in Zeiten normaler Migrationsflüsse sowie in Zeiten von Krisen funktionieren. Es wäre auch in der Lage, Krisen an jeder der gemeinsamen Grenzen der Union zu bewältigen. Der Rat ist eindeutig berechtigt, über diese Verordnung mit einer Mehrheit zu entscheiden (...) | Ein ständiger und automatisierter Umsiedlungsmechanismus, ohne Schwellenwerte | Antragsteller, die in einem bestimmten Mitgliedstaat Familienangehörige oder Bindungen zu einem bestimmten Mitgliedstaat haben, beispielsweise weil sie früher dort gewohnt oder studiert haben, sollten in diese Mitgliedstaaten umgesiedelt werden. Antragsteller, die solche Bindungen zu einem bestimmten Mitgliedstaat nicht haben, werden über das Korrektursystem für die Zuweisung umgesiedelt. Das Umsiedlungssystem ersetzt somit das frühere „Reservekriterium“ des Mitgliedstaats der ersten Einreise. Das System gilt zu allen Zeiten, nicht nur in Krisenzeiten, und enthält keine Schwellenwerte, wie von der Kommission vorgeschlagen. (...) Deshalb wird ein vereinfachtes Verfahren für die Familienzusammenführung und andere echte Bindungen eingeführt. (...) Antragstellern wird auch gestattet, sich als Gruppen von höchstens 30 Personen erfassen zu lassen. (...) Die Möglichkeit, zwischen denjenigen

vier Mitgliedstaaten zu wählen, die die geringste Anzahl von Antragstellern im Vergleich zu ihrem gerechten Anteil aufgenommen haben, sowie die Möglichkeit, als Gruppe umgesiedelt zu werden, gibt es nur, wenn sich der Antragsteller in dem Mitgliedstaat der ersten Einreise erfassen lässt."

Europäisches Parlament: "Bericht über den Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung der Kriterien und Verfahren zur Bestimmung des Mitgliedstaats, der für die Prüfung eines von einem Drittstaatsangehörigen oder Staatenlosen in einem Mitgliedstaat gestellten Antrags auf internationalen Schutz zuständig ist (Neufassung)", 20.11.2017

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+REPORT+A8-2017-0345+0+DOC+XML+V0//DE#title8>

siehe auch:

"Das Europaparlament will die Dublin-Regeln ändern: Die Familienzusammenführung soll wichtiger werden. (...) Danach soll nicht mehr automatisch das Land, in dem ein Flüchtling die EU erreicht, für dessen Asylverfahren zuständig sein, sondern unter Umständen das Land, in dem bereits Angehörige des Bewerbers leben. Dadurch "müsste Deutschland erheblich mehr Asylsuchende aufnehmen", heißt es in einem Vermerk des Bundesinnenministeriums. Obergrenzen würden "zunichtegemacht". (...) Besondere Sorge bereitet den Innenexperten, dass nach den Parlamentsvorschlägen "faktisch die bloße Behauptung einer Familienverbindung ausreichen" soll: "Im Ergebnis wäre ein Mitgliedstaat, in dem sich bereits zahlreiche 'Ankerpersonen' befinden, für weitreichende Familienverbände zuständig", heißt es in dem Papier, das dem SPIEGEL vorliegt. (...) "Wenn jeder der über 1,4 Millionen Menschen, die seit 2015 in Deutschland Asyl beantragt haben, zur Ankerperson für neu in der EU ankommende Schutzsuchende wird, reden wir über ganz andere Größenordnungen als bei der Familienzusammenführung", sagt der parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Ole Schröder (CDU)."

"Bundesregierung alarmiert über EU-Flüchtlingspläne", Spiegel Online, 13.02.2018

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/fluechtlinge-eu-fluechtlingsplaene-alarmieren-bundesregierung-a-1187500.html>

—

[15] "Die EU versucht, Quoten durchzusetzen, denen sich viele Mitgliedstaaten energisch widersetzen, zwingt die Flüchtlinge, sich in Ländern anzusiedeln, in denen sie nicht willkommen sind und wo sie nicht hinwollen, und schickt andere in die Türkei zurück. Dies ist bedauerndswert, denn die EU kann ohne eine umfassende Asyl- und Migrationspolitik nicht überleben. Wie würde eine solche aussehen? Egal, wie ihre abschließende Form beschaffen wäre, würde sie auf sieben Säulen aufbauen. (...) Erstens muss die EU eine beträchtliche Anzahl von Flüchtlingen direkt aus den Frontstaaten aufnehmen, und zwar auf sichere und geordnete Weise. (...) Sechstens muss die EU Länder, die Flüchtlinge aufnehmen, deutlich stärker unterstützen, und sie muss in ihrem Ansatz gegenüber Afrika großzügiger sein. Die letzte Säule ist die langfristige Schaffung eines einladenden Umfeldes für Wirtschaftsmigranten."

George Soros in "Europa retten ist gleich Flüchtlinge retten", 23.09.2016

<http://derstandard.at/2000044853434/Europa-retten-ist-gleich-Fluechtlinge-retten>

---

[16] "Die EU-Kommission hat Deutschland und die anderen EU-Staaten zur freiwilligen Aufnahme von Flüchtlingen aus Afrika aufgefordert. Neben Opfern des Syrien-Konflikts sollten auch schutzbedürftige Menschen in die EU umgesiedelt werden, die sich derzeit in Ägypten, Libyen, Niger, Äthiopien und dem Sudan aufhielten. (...) Die Aufforderung, legale Einreisemöglichkeiten für Flüchtlinge aus Afrika zu schaffen, geht mit anderen Bemühungen einher. (...) Bis zum 15. September sollten die EU-Staaten sagen, wie viele Menschen sie im nächsten Jahr freiwillig aufnehmen wollten." "EU fordert freiwillige Aufnahme von Fluechtlingen aus Afrika", Der Standard, 29.08.2017 <http://derstandard.at/2000063280173/EU-fordert-freiwillige-Aufnahme-von-Fluechtlingen-aus-Afrika>

---

[17] "Ein umfassendes und von festen Grundsätzen geleitetes Vorgehen der EU zur Bewältigung der Herausforderungen der Mobilität (...) hält es für unabdingbar, den gegenwärtigen Diskurs, in dem Flüchtlinge lediglich als Belastung dargestellt werden, zu überwinden, und hebt die positiven Beiträge hervor, die Flüchtlinge für ihre Aufnahmegemeinschaften leisten können (...) in der Erwägung, dass die erfolgreiche Umsetzung einer auf den Menschenrechten gegründeten Migrationspolitik erfordert, dass wir die negative Wahrnehmung der Migration infrage stellen und einen positiven Diskurs entwickeln, damit Migrationsbewegungen als Chance für die Aufnahmeländer dargestellt (...) betont, dass die Öffnung sicherer und legaler Wege für Asylsuchende und potenzielle Migranten diesen die Nutzung formaler Einreise- und Ausreisewege ermöglichen (...) nimmt den Vorschlag der Kommission in Bezug auf die Schaffung eines EU-Rahmens für Neuansiedlungen zur Kenntnis, fordert jedoch dazu auf, die Bereitstellung und Stärkung legaler Wege als Ergänzung zur Neuansiedlung voranzutreiben (...)"

Europäisches Parlament, 05.04.17

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P8-TA-2017-0124+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

---

[18] "Es geht um Migranten aus Nordafrika und dem Gebiet des Horns von Afrika, auch die Evakuierung aus Libyen spielt eine Rolle. Das Resettlement-Programm ist freiwillig und will Schutzbedürftigkeit wie auch Anforderungen des Arbeitsmarktes berücksichtigen (...) Bemerkenswert ist die Vermischung der beiden Migrationsmotive angesichts dessen, dass so oft auf den Unterschied zwischen Asylsuchenden und "Armut Flüchtlings", respektive "Wirtschaftsflüchtlings" gepocht wird. (...) Im genannten EU-Papier werden die beiden Fluchtmotive beim Thema Neuansiedlung zusammengefasst. Es geht um eine "Erfolgsgeschichte", heißt es im Papier. (...) Die Regierung in Berlin habe vergangene Woche eine Zusage erteilt, wird von EU-Migrationskommissar Dimitris Avramopoulos übermittelt. (...) Mit der Zusage Deutschlands, so Avramopoulos, seit dem Ziel des "Resettlement-Programms", nämlich die anvisierten 50.000 Neuansiedlungen bereits erfüllt und "werde wohl sogar übertroffen"."

"Neuansiedlung von Migranten: Deutschland erteilt Zusage für 10.000", Telepolis, 19.04. 2018

<http://www.heise.de/tp/features/Neuansiedlung-von-Migranten-Deutschland-erteilt-Zusage-fuer-10-000-4027705.html>

---

[19] "Objective 3: Promote regular migration and mobility, especially of young people and women, between Europe and North, West and Central Africa, and within these regions | Action 6: Encourage the establishment of exchange networks between vocational training institutes and employment agencies in Europe and Africa, in order to draw full benefit from the skills of young migrants and to adapt technical training to the needs of the labour market. Particular attention will be paid to activities targeting women and youth. | Action 7: In accordance with the national legislative frameworks, promote projects which aim to strengthen the portability of the rights and social protection of regular migrants and their families, for example, through the conclusion and the implementation of appropriate bilateral, regional or international conventions. [...] | Objective 5: Promote measures aiming to strengthen the protection of refugees and other forcibly displaced person [...] | Objective 6: Promote the integration of refugees and forcibly displaced persons into host communities | Action 13: Promote the integration of refugees and forcibly displaced persons through the establishment of awareness-raising campaigns aimed, on the one hand, at local communities and on the other hand, at refugees and asylum seekers, covering their rights and obligations in host countries"

"Marrakesh Political Declaration" and "Marrakesh Action Plan 2018-2020", Rabat Process (Euro-African Dialogue on Migration and Development), Marrakesh (Marokko), 02.05.2018  
[http://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/20180503\\_declaration-and-action-plan-marrakesh\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/home-affairs/sites/homeaffairs/files/20180503_declaration-and-action-plan-marrakesh_en.pdf)

---

[20] "At the end of the day, we all need to be ready to accept migration, mobility and diversity as the new norm and tailor our policies accordingly. The only way to make our asylum and migration policies future-proof, is to collectively change our way of thinking first."

("Schließlich müssen wir alle bereit sein, Migration, Mobilität und Vielfalt als neue Norm zu akzeptieren und unsere Politik entsprechend auszurichten. Die einzige Möglichkeit, unsere Asyl- und Migrationspolitik zukunftsfähig zu machen, besteht darin, zuerst unsere Denkweise gemeinsam zu ändern.")

Dimitris Avramopoulos, EU-Migrationskommissar, in "Europe's migrants are here to stay", Politico, 18.12.17  
<http://www.politico.eu/article/europe-migration-migrants-are-here-to-stay-refugee-crisis/>

---

[21] "Auch wenn sich die Akzeptanz von Vielfalt in Deutschland im Weltmaßstab ohne Zweifel sehen lassen kann, so ist unser Land hinsichtlich dieser Dimension des sozialen Zusammenhalts weiter- hin zwiespältig. Dies zu ändern, bedarf es großer konzertierter Anstrengungen sowohl im Bereich ökonomisch-struktureller Bedingungen als auch im Bereich der Beeinflussung von Mentalitäten. Mentalitäten nachhaltig zu beeinflussen, wird ohne eine Verbesserung der ökonomischen Bedingungen im Sinne einer Verringerung von Ungleichheit nicht möglich sein. Aber ohne eine nachhaltige Beeinflussung von Mentalitäten im Bereich des Umgangs mit Vielfalt durch eine Stärkung der Zivilgesellschaft und durch



eine Betonung entsprechender Bildungsinhalte in Kindereinrichtungen, Schulen und Hochschulen wie auch über die neuen Medien wird sich die allseits konstatierte Spaltung auch nicht überwinden lassen."

Bertelsmann-Stiftung: "Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017", 12/2017, S. 90  
<http://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/sozialer-zusammenhalt-in-deutschland-2017/>

---

[22] "Der einzige Weg, auf dem die EU eine Weltwährung aufbauen könnte, wäre es, den Staaten die Schuldenaufnahme zu gewähren und zu erlauben, Anleihen auszugeben, die von anderen Mitgliedsländern gekauft werden dürfen. Aber die USA sind dagegen. Sie vertreten gegenüber der EU, und Deutschland im besonderen, die Position: Wir wollen keinen Rivalen. Wir wollen, dass eure Wirtschaft schrumpft. Heute bezeichnet man das Euro-Wirtschaftsgebiet an der Wall Street als »Schuldenzone«. Die Verbindlichkeiten steigen und steigen, mehr und mehr Geld wird aus der Wirtschaft gezogen, auch bei niedrigen Leitzinsen. Das führt dazu, dass immer weniger Geld da ist, um Waren und Dienstleistungen zu erwerben. Der Binnenmarkt, nicht nur in Deutschland, sondern auch bei dessen Handelspartnern, schrumpft. Und soweit ich es überblicke, wird das auch so bleiben."

Prof. Dr. Michael Hudson, im Interview: "Finanzsystem ermöglicht US-Militär" junge Welt, Ausgabe vom 13.11.2017, S.3 sowie  
<http://www.jungewelt.de/artikel/321633.finanzsystem-ermoglicht-us-militar.html>

---

[23] "Inwieweit die USA ihre globale Vormachtstellung geltend machen können, hängt aber davon ab, wie ein weltweit engagiertes Amerika mit den komplexen Machtverhältnissen auf dem eurasischen Kontinent fertig wird - und ob es dort das Aufkommen einer dominierenden, gegnerischen Macht verhindern kann." (S. 15) | "Ebenso stark setzt es auf die indirekte Einflussnahme auf abhängige ausländische Eliten" (S. 42) | "Zwei grundlegende Schritte sind deshalb erforderlich: - erstens, die geostrategisch dynamischen Staaten Eurasiens auszumachen (...) sowie die zentralen außenpolitischen Ziele ihrer jeweiligen politischen Eliten zu entschlüsseln und (...) - zweitens, eine spezifische US-Politik zu formulieren, die in der Lage ist, die unter Punkt eins skizzierten Verhältnisse auszubalancieren, mitzubestimmen und /oder unter Kontrolle zu bekommen" (S. 57) | "... dieser Stelle mag der Hinweis genügen, dass die wichtigsten und dynamischsten geostrategischen Akteure an Eurasiens westlicher Peripherie Frankreich und Deutschland heißen." (S. 59) | "In Europa werden Deutschland und Frankreich auch weiterhin die Schlüsselfiguren sein (...)". (S. 237) Zbigniew Brzezinski, in "DIE EINZIGE WELTMACHT", 1997 (Neuaufgabe 2015)

---

[24] siehe die offiziellen Presseveröffentlichungen, Termine und Kalendereinträge auf der Website der Europäischen Kommission

Veröffentlichte Termine: 16.04.2018 (mit Frans Timmermans), 01.02.2018 (mit Frans Timmermans), 09.11.2017 (mit Věra Jourová), 01.07.2017 (mit Frans Timmermans), 01.06.2017 (mit Jean-Claude Juncker), 01.06.2017 (mit Frans Timmermans), 01.06.2017 (mit Carlos Moedas), 01.06.2017 (mit Pierre

Moscovici), 01.06.2017 (mit Christos Stylianides), 31.05.2017 (mit Jean-Claude Juncker), 31.05.2017 (mit Frans Timmermans), 31.05.2017 (mit Carlos Moedas), 31.05.2017 (mit Christos Stylianides), 31.05.2017 (mit Pierre Moscovic), 28.04.2017 (mit Frans Timmermans), 27.04.2017 (mit Jean-Claude Juncker), 27.04.2017 (mit Frans Timmermans), 27.04.2017 (mit Carlos Moedas), 27.04.2017 (mit Christos Stylianides), 27.04.2017 (mit Pierre Moscovic), 27.04.2017 (mit Johannes Hahn), 26.04.2017 (mit Věra Jourová), 26.04.2017 (mit Jyrki Katainen), 20.09.2016 (mit Frans Timmermans), 30.06.2016, 09.06.2016, 17.11.2015 (mit Dimitris Avramopoulos), 19.11.2015 (mit Corina Crețu), 28.09.2015 (mit Frans Timmermans), 12.06.2015 (mit Kristalina Georgieva), 11.06.2015 (mit Dimitris Avramopoulos), 11.06.2015 (mit Věra Jourová), 09.12.2014 (mit Věra Jourová), 27.10.2014 (mit Neven MIMICA), 10.03.2014 (mit Androulla VASSILIOU), 04.04.2014, 05.02.2014 (mit Frans Timmermans), 10.04.2012 (mit Martin Schulz), 01.03.2011 (mit Viviane REDING), 21.09.2010, 08.04.2010, 22.10.2009, 08.10.2009, 22.10.2009, 11.09.2009, 16.09.2008, 17.04.2008, 18.04.2008 (mit Benita FERRERO-WALDNER), 16.04.2018 (mit Danuta HÜBNER), 10.04.2008, 02.05.2007, 27.04.2007 (mit Danuta HÜBNER), 03.04.2007 (mit Danuta HÜBNER), 21.11.2007 (mit Danuta HÜBNER), 04.02.2005 (mit Danuta HÜBNER), 28.01.2005 (mit Danuta HÜBNER), 30.06.2003 (mit Anna Diamantopoulou), 22.09.2003 (mit Mr Evans), 28.05.1997, 28.05.1997 (mit MM. SANTER), 18.12.1995 (mit Mme BONINO)

siehe: [http://europa.eu/rapid/press-release\\_CLDR-18-3322\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_CLDR-18-3322_en.htm),  
[http://europa.eu/rapid/press-release\\_CLDR-18-483\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_CLDR-18-483_en.htm),  
[http://europa.eu/rapid/press-release\\_CLDR-17-4225\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_CLDR-17-4225_en.htm),  
[http://europa.eu/rapid/press-release\\_CLDR-17-1452\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_CLDR-17-1452_en.htm),  
[http://europa.eu/rapid/press-release\\_MEX-17-1488\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_MEX-17-1488_en.htm) etc. bzw.:

<http://europa.eu/rapid/search-result.htm?quickSearch=1&text=+George+Soros&page=1&size=50>  
<http://europa.eu/rapid/search-result.htm?quickSearch=1&text=+George+Soros&page=2&size=50>  
<http://europa.eu/rapid/search-result.htm?quickSearch=1&text=Soros&page=1&size=50>  
<http://europa.eu/rapid/search-result.htm?quickSearch=1&text=Soros&page=2&size=50>

<http://archive.fo/VWxkf>  
<http://archive.fo/d6iij>  
<http://archive.fo/QuaxB>

—

[25] "We influence and inform European Union policies to ensure that open society values are at the heart of EU action, both inside and outside its borders. (...) The Open Society European Policy Institute is the EU policy arm of the Open Society Foundations. We work to foster open societies inside and outside Europe by leveraging the EU's policies, legislation, funding, and political influence. (...) We also work to provide warnings when European political actors are moving away from—or even undermining—the founding principles and fundamental values of the European Union."

{"Wir beeinflussen und informieren die Politik der Europäischen Union, um sicherzustellen, dass offene gesellschaftliche Werte im Mittelpunkt des Handelns der EU stehen, sowohl innerhalb als auch außerhalb ihrer Grenzen. (...) Das Open Society European Policy Institute ist der politische Arm der Open Society Foundations. Wir arbeiten daran, offene Gesellschaften innerhalb und außerhalb Europas zu fördern, indem wir die

Politik, die Gesetzgebung, die Finanzierung und den politischen Einfluss der EU nutzen. (...) Wir arbeiten auch daran, Warnungen auszusprechen, wenn sich die europäischen politischen Akteure von den Grundprinzipien und Grundwerten der Europäischen Union entfernen oder sie sogar untergraben."}

Open Society European Policy Institute, 20.10.2012, z.B. archiviert noch hier zu sehen:

<http://web.archive.org/web/20121020114853/http://www.opensocietyfoundations.org/about/offices-foundations/open-society-european-policy-institute>  
<http://web.archive.org/web/20171016042022/http://www.opensocietyfoundations.org/about/offices-foundations/open-society-european-policy-institute>

---

[26] "The OSF told MailOnline: 'We are committed to making sure that anyone who chooses to migrate—regardless of motivation—is able to do so safely and with dignity. The ongoing crises in the Mediterranean, Asia, and at the U.S./Mexico border have exposed the failure of institutions and societies to respond effectively to the plight of migrants."

{"Das OSF sagte zu MailOnline: "Wir setzen uns dafür ein, dass jeder, der sich für eine Migration entscheidet - unabhängig von seiner Motivation - dies sicher und mit Würde tun kann. Die anhaltenden Krisen im Mittelmeerraum, in Asien und an der Grenze zwischen den USA und Mexiko haben gezeigt, dass die Institutionen und Gesellschaften nicht in der Lage sind, wirksam auf die Notlage der Migranten zu reagieren."}

"Left-wing billionaire's think-tank aims to use migrant crisis to influence immigration policies worldwide: Plans of George Soros's think-tank are revealed in leaked memo", Daily Mail, 16.08.2016

<http://www.dailymail.co.uk/news/article-3743479/Left-wing-billionaire-group-s-plan-use-migrant-crisis-influence-immigration-policies-worldwide-Plans-George-Soros-s-think-tank-revealed-leaked-memo.html>  
<http://archive.fo/RwHfY>

---

[27] "The European peoples whose governments were paid to sell out the sovereignty of their nations to the EU are experiencing great difficulties in being permitted to govern themselves. (...) Western democracy has been dying for a long time. In the course of forming the EU, populations in some countries voted down membership. The vote was not permitted to stand. After a period of propaganda to instill fear of being "excluded from Europe," populations were made to vote again. In this way they were strong-armed into sacrificing sovereignty to the EU. (...) The Western elites despise democracy. They tolerate it only as a cover for their self-dealing when it can be manipulated to serve their interests. (...) Considering the seeds of crisis that the self-serving policies of the Western elites have sowed, the responses to the crises will be calls for and acceptance of authoritarian rule. It is entirely possible that the democratic era is approaching its end."

{"Die europäischen Völker, deren Regierungen dafür bezahlt wurden, die Souveränität ihrer Nationen an die EU zu verkaufen, haben große Schwierigkeiten, sich selbst regieren zu dürfen. (...) Die westliche Demokratie stirbt seit langem. Im Zuge der EU-Bildung haben die Menschen in einigen Ländern die Mitgliedschaft abgelehnt. Die Abstimmung war nicht zulässig. Nach einer Zeit der Propaganda, die die Angst vor einer "Ausgrenzung aus Europa" schüren sollte, wurden die Bevölkerungen wieder

zur Wahl einbestellt. Auf diese Weise wurden sie gezwungen, die Souveränität der EU zu opfern. (...) Die westlichen Eliten verachten die Demokratie. Sie tolerieren sie nur als Deckmantel für ihre Eigengeschäfte, wenn sie manipuliert werden kann, um ihren Interessen zu dienen. (...) In Anbetracht der aufgehenden Saat der Krise, die die selbstsüchtige Politik der westlichen Eliten gesät hat, werden die Antworten auf die Krisen Forderungen nach einer autoritären Herrschaft und deren Akzeptanz sein. Es ist durchaus möglich, dass sich das demokratische Zeitalter seinem Ende nähert."}

<http://www.paulcraigroberts.org/2018/06/01/democracy-fighting-survive-rise-western-authoritarianism/>

[http://www.antikrieg.com/aktuell/2018\\_06\\_01\\_diedemokratie.htm](http://www.antikrieg.com/aktuell/2018_06_01_diedemokratie.htm)  
(Deutsche Übersetzung)

—